

Beamtenrecht

Kawik / Dechmann / Krause / Pflüger

2. Auflage 2023
ISBN 978-3-406-79694-4
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kawik/Dechmann/Krause/Pflüger



Beamtenrecht

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Beamtenrecht

von

Dr. iur. Michael Kawik

Professor an der Hochschule
des Bundes für öffentliche Verwaltung

Christine Dechmann

Referentin im Bundesministerium
der Verteidigung

Thomas Krause, M.A.

Dozent an der Hochschule
des Bundes für öffentliche Verwaltung

Dr. iur. Stephanie Pflüger

Dozentin an der Hochschule
des Bundes für öffentliche Verwaltung

2. Auflage 2023

Zitiervorschlag: Kawik/Dechmann/Krause/Pflüger BeamtenR § 1 Rn. 1


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 79694 4

© 2023 Verlag C.H. Beck
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Fotosatz Buck,
Zweikirchener Straße 7, 84036 Kumhausen

Umschlaggestaltung: Martina Busch Grafikdesign, Homburg Saar
© Elena Genova, iStockphoto



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 2. Auflage

Wir freuen uns, dass das vorliegende Lehrbuch in Ausbildung und Praxis eine so gute Resonanz erfährt, dass wir nunmehr die 2. Auflage vorstellen dürfen.

Ein erfolgreiches Gemeinwesen zeichnet sich durch eine effektive, effiziente und nicht zuletzt rechtstreue Verwaltung aus. Grundlage dafür ist qualifiziertes Personal, das sich seiner Aufgaben zum Wohl der Allgemeinheit innerlich verbunden fühlt. In diesem Sinne leisten die Beamten in Deutschland – gegründet auf Sachwissen, fachliche Leistung und loyale Pflichterfüllung – einen wesentlichen Beitrag für eine stabile Verwaltung und damit für die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unseres Landes.

Das vorliegende Werk stellt die rechtlichen Grundlagen des deutschen Beamtenrechts dar. Es richtet sich zum einen an Studierende und Nachwuchsbeamte in Laufbahnausbildungen, die sich in dieses besondere Rechtsgebiet einarbeiten. Zum anderen auch an die Praktiker in Verwaltungen und Behörden, die sich das Gesamtsystem des Beamtenrechts nochmals erschließen oder mithilfe des Buchs Fragestellungen aus dem Verwaltungsalltag klären wollen.

Das Werk ist als Gesamtüberblick konzipiert. Angesprochen werden alle wesentlichen Fragen des Beamtenrechts, die für Studium und Praxis relevant sind. Bewusst werden auch Nebengebiete einbezogen, etwa aus dem Bereich der Gebührensachen oder des Personalvertretungs- und Gleichstellungsrechts.

Zahlreiche praktische Fallbeispiele und Schaubilder machen den Stoff ebenso greifbar wie die Verweise auf einschlägige Rechtsprechung. Kontrollfragen am Ende der Kapitel dienen der Vertiefung und Lernkontrolle.

Das Werk orientiert sich am Bundesrecht; Aspekte des Beamtenrechts der Länder sind gleichwohl enthalten. Das System des Berufsbeamtentums in Deutschland ist aufgrund der grundgesetzlichen Verankerung und des Bemühens, einen einheitlichen Beamtenbegriff aufrechtzuerhalten, in Bund und Ländern weitgehend gleichen Grundprinzipien unterworfen. Obwohl mit der Föderalismusreform I die Gesetzgebungskompetenzen neu geregelt wurden, sind die statusrechtlichen Fragen der Bundes-, Landes- und Kommunalbeamten in gleicher Art und Weise, wenn auch in unterschiedlichen Gesetzeswerken (BBG und BeamStG) geregelt und haben so per se sowohl für Bundes- als auch Landesbeamten gleiche Bedeutung. Zusätzlich wurden im Werk – soweit möglich und sinnvoll – Verweise auf landesrechtliche Besonderheiten aufgenommen.

Auf geschlechtergerechte Sprache wird ausschließlich aus Gründen der Lesbarkeit verzichtet. Selbstredend sind alle anderen Geschlechter dabei immer mitgedacht.

Das Beamtenrecht wird in der Praxis sehr stark durch die Rechtsprechung geprägt. Die 2. Auflage hat daher die aktuelle Rechtsprechung seit 2020 und ihre Rezeption im Schrifttum eingearbeitet. Des Weiteren wird die Neufassung beamtenrechtlicher Vorschriften durch den Gesetzgeber durch das „Gesetz zur Regelung des Erscheinungsbildes von Beamtinnen und Beamten sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften“ mit Wirkung vom 6. Juli 2021 ergänzt und erläutert. Angedacht ist eine Änderung des Bundesdisziplingesetzes. Der Bundestag hat im Mai 2023 über den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Beschleunigung von Disziplinarverfahren in der Bundesverwaltung“ beraten. Insbesondere soll das Verfahren der Disziplinaranzeige durch umfassende Disziplinarbefugnisse der Disziplinarbehörden abgelöst werden. Entsprechende Hinweise zu den angedachten Änderungen wurden nur kurz im Kontext der Darstellung des Disziplinarverfahrens behandelt. Es bleibt abzuwarten, wie dieses Gesetzgebungsverfahren endet.

Für Anmerkungen und Hinweise sind wir stets dankbar.

Mannheim, im Juni 2023

Die Autoren



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV
Abbildungsverzeichnis	XXIX
1. Kapitel. Der öffentliche Dienst im Überblick	1
§1 Einführung	1
§2 Der öffentliche Dienst und sein Personal	2
§3 Öffentlicher Dienst in Zahlen	4
§4 Der öffentliche Dienst und das Beamtenrecht	6
A. Einführung	6
B. Dualität des öffentlichen Dienstes	6
I. Verfassungsrechtliche Verankerung der Dualität	6
1. Zulässigkeit des Beamtenverhältnisses in weiteren Fällen	7
2. Übertragung von hoheitlichen Aufgaben auf Arbeitnehmer	8
II. Wesentliche Unterschiede zwischen Beamten und Arbeitnehmern	9
III. Sonderfall: Dienstordnungsbeschäftigte	11
C. Weitere beamtenähnliche öffentlich-rechtliche Statusverhältnisse bzw. öffentlich-rechtliche Amtsverhältnisse	11
I. Gesetzgebende Gewalt: Abgeordnete	11
II. Bundespräsident	12
III. Regierungsangehörige – Kanzler und Minister	12
IV. Richter	12
V. Soldaten	13
VI. Sonstige öffentlich-rechtliche Amtsverhältnisse	14
VII. Kirchenbeamte	14
D. Zusammenfassung	15
§5 Kontrollfragen	17
2. Kapitel. Geschichtlicher Überblick	19
§6 Ursprünge	19
§7 Neuzeitliche Entwicklungen	21

§ 8	Entwicklungen in der Moderne	23
§ 9	Weimarer Republik	24
§ 10	Zeit des Nationalsozialismus	27
§ 11	Der demokratische Neubeginn nach 1945	28
§ 12	Die deutsche Einigung	32
§ 13	Neuere Entwicklungen	32
	A. Fortgesetzte Reformdiskussion	32
	B. Föderalismusreform 2006	34
	C. Gesetzliche Neuordnung infolge der Föderalismusreform	35
	D. Vor- und Nachteile der Föderalisierung	36
§ 14	Ausblick in die Zukunft	37
	A. Einheitliches Dienstrecht	38
	B. Privatisierungen und Ausgliederungen	38
	C. Rechtszersplitterung	40
	D. Europäisierung des Beamtenrechts	40
§ 15	Kontrollfragen	41
3. Kapitel.	Rechtsquellen des Beamtenrechts	43
§ 16	Europa- und völkerrechtliche Vorgaben	43
	A. EMRK	43
	B. Rechtsetzung der Europäischen Union	44
§ 17	Verfassungsrechtliche Grundlagen des Beamtenrechts	46
	A. Überblick	46
	B. Leistungsprinzip	48
	C. Religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates	50
	D. Funktionsvorbehalt und die institutionelle Garantie des Berufsbeamtentums	51
	E. Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums	52
	I. Grundsätzliches	52
	II. Bedeutung und Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze	52
	III. Fortentwicklungsklausel	54
	IV. Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums im engeren Sinne	55
	1. Beamtenverhältnis als öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis	56
	2. Treuepflicht des Beamten	56
	3. Fürsorgepflicht des Dienstherrn	57
	4. Alimentationsprinzip	58
	5. Abstandsgebot als ein weiterer Ausdruck des Alimentationsprinzips	60
	6. Lebenszeitprinzip	61
	7. Leistungsprinzip	62

8. Laufbahnprinzip	62
9. Hauptberuflichkeit	63
10. Anspruch auf amtsangemessene Amtsbezeichnung	64
11. Koalitionsfreiheit	64
12. Streikverbot	64
13. Schutz gegen willkürliche Beendigung des Beamtenverhältnisses	65
14. Disziplinarrecht	65
15. Gerichtlicher Rechtsschutz	66
16. Vorbehalt des Gesetzes/Legalitätsgrundsatz	66
V. Keine hergebrachten Grundsätze	66
F. Das Gesetzesrecht: formelle Gesetze und Rechtsverordnungen ..	67
I. Bund	67
1. Formelle Gesetze	67
2. Rechtsverordnungen	68
II. Länder und Kommunen	69
1. Beamtenstatusgesetz	69
2. Ländergesetze und Verordnungen	69
G. Verhältnis der beamtenrechtlichen Regelungen zum Verwaltungsrecht	70
H. Strafrechtliche Festlegungen zum Beamtenrecht	70
I. Zivilrechtliche Vorschriften	72
J. Verwaltungsvorschriften	73
§ 18 Kontrollfragen	75
4. Kapitel. Das Beamtenverhältnis	77
§ 19 Grundrechte im Beamtenverhältnis	77
§ 20 Beamtenrechtliche Grundbegriffe	78
A. Dienstherr	78
B. Oberste Dienstbehörde	79
C. Dienstvorgesetzter	79
D. Vorgesetzter	80
§ 21 Der gesetzliche Beamtenbegriff	80
§ 22 Die Arten der Beamtenverhältnisse	81
A. Das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit (§ 6 Abs. 1 BBG)	81
B. Das Beamtenverhältnis auf Widerruf (§ 6 Abs. 4 BBG)	82
C. Das Beamtenverhältnis auf Probe (§ 6 Abs. 3 BBG)	82
D. Das Beamtenverhältnis auf Zeit (§ 6 Abs. 2 BBG)	83
E. Das Ehrenbeamtenverhältnis (§ 6 Abs. 5 BBG, § 5 BeamStG)	83
F. Der politische Beamte	84
§ 23 Der Amtsbegriff	84
A. Amt im statusrechtlichen Sinne	85
B. Amt im funktionellen Sinne	85

§ 24 Verwaltungsakt versus innerdienstliche Maßnahme	86
§ 25 Kontrollfragen	87
5. Kapitel. Begründung, Durchführung und Ausgestaltung des Beamtenverhältnisses und der Beamtenlaufbahn	89
§ 26 Einführung	89
§ 27 Begründung des Beamtenverhältnisses	89
A. Grundsätze des Stellenbesetzungsverfahrens und der Auswahl im öffentlichen Dienst	89
I. Stellenausschreibung	90
II. Überblick über die Schritte bis zur Stellenausschreibung	90
B. Auswahlgrundsätze: Bestenauslese	93
I. Eignung	94
1. Gesundheitliche Eignung	94
a) Hohe Anforderungen	95
b) Abgesenkte Anforderungen	95
2. Gesundheitliche Eignung und Schwerbehinderung	96
3. Charakterliche Eignung	97
4. Persönliche Eignung	98
II. Befähigung	98
III. Fachliche Leistung	98
C. Auswahlgrundsätze in der Praxis	99
D. Auswahlmittel	100
I. Auswahlmittel bei externen Bewerbern	100
II. Auswahlmittel bei Beförderungentscheidungen	101
III. Hilfskriterien	102
§ 28 Kontrollfragen	104
§ 29 Personelle Anforderungen an Beamtenbewerber	104
A. Staatsbürgerliche Voraussetzungen der Ernennung gem. § 7 Abs. 1 Nr. 1 BBG, § 7 Abs. 1 Nr. 1 BeamStG	104
I. Eigenschaft als Deutscher, Unionsbürger, Bürger eines Staates des Europäischen Wirtschaftsraums oder eines assoziierten Staates	104
II. Deutschenvorbehalt gem. § 7 Abs. 2 BBG, § 7 Abs. 2 BeamStG	104
III. Ausnahme von den Anforderungen an die Staats- angehörigkeit gem. § 7 Abs. 3 BBG, § 7 Abs. 3 BeamStG	105
B. Verfassungstreue, § 7 Abs. 1 Nr. 2 BBG, § 7 Abs. 1 Nr. 2 BeamStG ..	106
I. Exkurs: Weimarer Republik	106
II. Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung	107
III. Prognoseentscheidung der Behörde	108
IV. Politische Betätigung	109
C. Laufbahnbefähigung, § 7 Abs. 1 Nr. 3 BBG, § 7 Abs. 1 Nr. 3 BeamStG	110
D. Erscheinungsbild, § 7 Abs. 1 S. 2 BBG, § 7 Abs. 1 S. 2 BeamStG	111

E. Weitere persönliche Voraussetzungen, gesundheitliche Eignung	112
F. Altersgrenze	113
G. Amtsfähigkeit	114
H. Amtswürdigkeit	114
§ 30 Die Ernennung als statusbegründender Verwaltungsakt	116
A. Formenstrenge durch Aushändigung einer Ernennungs- urkunde	116
I. Das Urkundsprinzip	116
II. Urkunde	117
III. Möglichkeit der elektronischen Ernennung	117
B. Weitere Anforderungen an die Ernennung	118
I. Dienstherrnfähigkeit und Zuständigkeit der ernennenden Behörde	118
II. Bedingungsfeindlichkeit	118
III. Mitwirkung durch den zu Ernennenden	118
IV. Leistungsgrundsatz, Auswahl, Ermessen	119
C. Urkundenaushändigung und Wirksamkeitszeitpunkt der Ernennung	119
I. Aushändigung der Urkunde	119
II. Äußere und innere Wirksamkeit	119
§ 31 Formen der Ernennung	121
A. Begründung des Beamtenverhältnisses	121
B. Umwandlung	121
C. Speziell: Umwandlung oder Einstellung beim Übergang vom Beamtenverhältnis auf Widerruf zum Beamtenverhältnis auf Probe?	122
D. Verleihung eines anderen Amtes	123
I. Beförderung	123
II. Rückernennung (Zurückstufung)	123
E. Laufbahnwechsel	124
§ 32 Ernennungsfehler, Reaktion der Behörde, Rechtsfolgen	125
A. Nichternennung, nichtige Ernennung, zurückzunehmende Ernennung	125
I. Nichternennung	125
II. Nichtig aber heilbare Ernennung	126
III. Nichtig und nicht heilbare Ernennung	127
IV. Wirksame aber zwingend zurückzunehmende Ernennung	128
V. Wirksame und fakultativ zurückzunehmende Ernennung	130
B. Verfahren bei nichtiger oder zurückgenommener Ernennung	130
§ 33 Kontrollfragen	131
§ 34 Überblick über das Laufbahnrecht	132
A. Grundsätzliches	132
B. Die Laufbahnen	133
I. Laufbahngruppen	133
II. Fachrichtung	134

III. Die Laufbahnbefähigung	135
1. Erwerb der Laufbahnbefähigung durch Abschluss eines Vorbereitungsdienstes	135
2. Erwerb der Laufbahnbefähigung durch Anerkennung aufgrund der Vorbildung	136
3. Erwerb der Laufbahnbefähigung durch Anerkennung ohne Vorbildung	136
4. Erwerb der Laufbahnbefähigung durch Abschluss eines Aufstiegsverfahrens	137
5. Horizontaler Laufbahnwechsel	137
C. Die laufbahnrechtliche Probezeit	137
I. Dauer der Probezeit	138
II. Verlängerung der Probezeit bei fehlender Bewährung	138
III. Verlängerung der Probezeit aufgrund Unterbrechung der Probezeit	138
IV. Verkürzung der Probezeit	139
V. Mindestprobezeit	141
VI. Bewährung	141
D. Beförderung	143
I. Allgemeines	143
II. Auswahlentscheidung	144
III. Erprobungszeit	144
IV. Planstelle	144
V. Beförderungsverbote	145
VI. Beförderung innerhalb der Probezeit	145
E. Laufbahnrechtliche Aufstiegsmöglichkeiten	146
I. Grundsätzliches	146
II. Aufstieg durch Teilnahme am Vorbereitungsdienst (§ 37 BLV)	148
III. Fachspezifische Qualifizierung (§ 38 BLV)	148
IV. Teilnahme an Hochschulausbildungen (§ 39 BLV)	149
V. Sonderfall: Ausnahme für besonders leistungsstarke Beamte (§ 27 BLV)	149
VI. Ableisten eines Vorbereitungsdienstes durch Beamte auf Lebenszeit (§ 11a BBG)	150
VII. Weiterer Sonderfall: Laufbahnwechsel nach § 24 BLV	151
F. Der Bundespersonalausschuss	151
G. Kontrollfragen	152
§ 35 Funktionelle Änderungen im Beamtenverhältnis	152
A. Versetzung (§ 28 BGG)	153
B. Abordnung (§ 27 BGG)	154
C. Zuweisung (§ 29 BGG)	154
D. Umsetzung	155
I. Rechtsnatur der Umsetzung	156
II. Rechtsschutz gegen eine Umsetzung	156
E. Kontrollfragen	157

§ 36 Rechte und Pflichten	157
A. Rechtsquellen für die Rechte und Pflichten der Beamten	157
B. Die Pflichten im Überblick	158
I. Die allgemeine Treuepflicht aus Art. 33 Abs. 4 GG	158
II. Die Grundpflichten des Beamten	158
III. Wahrnehmung der Aufgaben und Verhalten	160
IV. Dienstpflicht zur amtsangemessenen Gestaltung des individuellen Erscheinungsbildes	163
1. Allgemeines	163
2. Wesentlichen Inhalt der Pflicht zum angemessenen Erscheinungsbild	164
V. Fortbildungspflicht	166
VI. Folgepflicht	166
VII. Persönliche Verantwortung	169
VIII. Ableisten der Eidesformel	169
IX. Verschwiegenheitspflicht	170
X. Verbot der Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen	174
XI. Wahl der Wohnung	176
XII. Die Aufenthaltspflicht	176
XIII. Die Dienstkleidung	177
XIV. Schadenersatzpflicht	177
XV. Fernbleiben vom Dienst	178
XVI. Nebentätigkeit	179
XVII. Streikverbot	183
C. Kontrollfragen	185
§ 37 Überblick über das Personalaktenrecht	185
A. Einführung	185
B. Rechtliche Vorgaben zum Personalaktenrecht	186
C. Sinn und Zweck des Personalaktenrechts	187
D. Begriff der Personalakte	187
E. Unterscheidung Sachakte und Personalakte	189
F. Grundsätze des Personalaktenrechts	189
G. Beihilfeakten	190
H. Kontrollfragen	191
6. Kapitel. Beendigung des Beamtenverhältnisses	193
§ 38 Einführung	193
§ 39 Entlassungen	195
A. Entlassung kraft Gesetzes	195
I. Verlust der notwendigen Staatsangehörigkeit	196
II. Eintritt in ein öffentlich-rechtliches Dienst- oder Amtsver- hältnis zu einem anderen Dienstherrn oder einer anderen Einrichtung	196
1. Begründung eines weiteren öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses	196

2. Öffentlich-rechtliches Amtsverhältnis	197
3. Öffentlich-rechtliches Amtsverhältnis bei Einrichtungen ohne Dienstherrnfähigkeit	197
4. Soldatenverhältnis auf Zeit/Berufssoldatenverhältnis ...	198
III. Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit in einer neuen Laufbahn (§ 31 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 BBG)	198
IV. Ausnahmen vom Grundsatz der Entlassung kraft Gesetzes .	198
V. Form und Verfahren	199
B. Entlassung kraft Gesetzes bei Beamten auf Probe und auf Widerruf bei Erreichen der Regelaltersgrenze	199
C. Entlassung kraft Gesetzes bei Beamten auf Widerruf	200
I. Bestehen der Laufbahnprüfung	200
II. Nichtbestehen der Laufbahnprüfung	200
III. Form und Verfahren	201
D. Obligatorische Entlassung durch Verwaltungsakt	201
I. Entlassungsgründe des § 32 Abs. 1 BBG	202
1. Eidesverweigerung	202
2. Entlassung statt Ruhestandsversetzung	202
3. Inkompatibilität	203
II. Ernennung trotz erreichter Regelaltersgrenze	203
III. Entlassung auf Verlangen	203
E. Entlassungen im Ermessen der Behörde	205
I. Entlassung bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit ...	205
II. Entlassung von Beamten auf Probe	206
1. Dienstvergehen von Beamten auf Probe	207
2. Mangelnde Bewährung	209
3. Dienstunfähigkeit	213
4. Organisationsveränderung	215
5. Verfahrensfragen	216
III. Entlassung von Beamten auf Widerruf	216
F. Verfahren und Form der Entlassung durch Verwaltungsakte	218
§ 40 Verlust der Beamtenrechte	220
A. Grundsätzliches	220
B. Voraussetzungen des Verlustes der Beamtenrechte	220
C. Verfahrensfragen und Rechtsfolge des Verlustes der Beamtenrechte	222
D. Folge von Straftaten mit erheblichem Gewicht bei Ruhestandsbeamten	222
§ 41 Entfernung aus dem Beamtenverhältnis	223
§ 42 Eintritt oder Versetzung in den Ruhestand	223
A. Grundsätzliches	223
B. Einzelfälle	224
I. Eintritt in den Ruhestand wegen des Erreichens der Altersgrenze	224
II. Versetzung in den Ruhestand bei Dienstunfähigkeit	225
III. Einstweiliger Ruhestand bei politischen Beamten	226

§ 43 Weitere Beendigungstatbestände für besondere Beamtengruppen bzw. besondere Fälle	227
A. Entlassung von Beamten in Führungsämtern auf Probe (§ 35 BBG, § 22 Abs. 5 BeamStG)	227
B. Entlassung von politischen Beamten auf Probe	228
C. Ausscheiden bei Wahlen oder Übernahme politischer Ämter ...	228
§ 44 Kontrollfragen	229
7. Kapitel. Das Disziplinarrecht	231
§ 45 Zweck des Disziplinarrechts	231
§ 46 Verhältnis von Disziplinarrecht und Strafrecht	231
§ 47 Formelles und materielles Disziplinarrecht	232
A. Das Dienstvergehen	232
B. Das Disziplinarverfahren	235
I. Arten der Disziplinarmaßnahmen	236
II. Das behördliche Disziplinarverfahren	236
1. Einleitung des Disziplinarverfahrens	237
2. Ausnahmen von der Einleitungspflicht	238
a) Maßnahmenverbot wegen Zeitablaufs	239
b) Maßnahmenverbot wegen sachgleichen Straf- oder Bußgeldverfahrens	241
3. Selbstreinigungsverfahren	242
4. Durchführung des Disziplinarverfahrens	243
a) Unterrichtung des Beamten	243
b) Ermittlungspflicht des Dienstvorgesetzten	244
c) Beschleunigungsgebot	245
d) Aussetzung des Verfahrens	245
e) Beweiserhebung	246
f) Abschlussentscheidung	248
aa) Die Einstellung des Disziplinarverfahrens	249
bb) Die Disziplinarverfügung	249
g) Die Maßnahmen im Einzelnen	250
aa) Der Verweis	250
bb) Die Geldbuße	250
cc) Die Kürzung der Dienstbezüge	251
dd) Die Kürzung des Ruhegehalts	252
ee) Fachaufsicht über und zugleich Kontrolle der nachgeordneten Behörden und Dienstvorgesetzten	253
h) Rechtsschutz gegen die Disziplinarverfügung	254
i) Vorläufige Dienstenthebung und Einbehaltung von Bezügen	254
III. Das gerichtliche Disziplinarverfahren	256
1. Die Besetzung der Gerichte	257
a) Verwaltungsgericht	257

b) Oberverwaltungsgericht	258
c) Bundesverwaltungsgericht	258
2. Die gerichtlichen Disziplinarmaßnahmen	259
a) Die Zurückstufung	259
b) Die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis	260
c) Die Aberkennung des Ruhegehalts	260
3. Anforderungen an die Disziplinarklage	260
IV. Die Bemessung der Disziplinarmaßnahme	262
V. Verwertungsverbot	263
VI. Gremien	264
1. Mitwirkung des Personalrats	264
2. Mitwirkung der Schwerbehindertenvertretung	265
3. Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten	266
4. Kosten	267
C. Kontrollfragen	268
8. Kapitel. Geldwerte Rechte – Besoldung, Versorgung, Nebengebühren	269
§ 48 Besoldung	269
A. Allgemeines	269
B. Das Grundgehalt	271
I. Bestimmung der Besoldungsgruppe	271
II. Bestimmung der Stufe	271
C. Familienzuschlag (§§ 39 ff. BBesG)	273
D. Zulagen (§§ 42 ff. BBesG)	273
E. Anwärterbezüge	274
§ 49 Versorgung	275
A. Allgemeines	275
B. Das Ruhegehalt	275
C. Hinterbliebenenversorgung	277
D. Unfallfürsorge bei Dienstunfällen	278
§ 50 Beihilfe	279
§ 51 Reisekosten, Umzugskosten, Trennungsgeld	279
A. Reisekosten	280
B. Umzugskosten	280
C. Trennungsgeld	281
§ 52 Exkurs: Rückforderung von Bezügen und sonstigen Geldleistungen	283
§ 53 Kontrollfragen	284

9. Kapitel. Rechtsschutz im Beamtenverhältnis	285
§ 54 Einführung	285
§ 55 Außergerichtliche Rechtsbehelfe	285
A. Formlose Rechtsbehelfe	285
I. Allgemeine Anträge, Anregungen und Beschwerden	286
II. Petitionsrecht	287
III. Beschwerde an Personalrat (§ 62 Nr. 3 BPersVG)	288
IV. Anrufung Datenschutzbeauftragter (§ 60 Abs. 1 BDSG)	288
V. Gnadengesuche (§ 43 BBG, § 81 BDG)	288
B. Förmliche Rechtsbehelfe	289
I. Allgemeines	289
II. Besonderheiten der Zulässigkeit des beamtenrechtlichen Widerspruchsverfahrens	290
1. Eröffnung des Rechtsweges	290
2. Statthaftigkeit des Widerspruchs	290
3. Widerspruchsbefugnis	291
4. Beteiligungs- und Handlungsfähigkeit	291
5. Frist	291
III. Aufschiebende Wirkung des beamtenrechtlichen Widerspruchs	292
IV. Widerspruch gegen Disziplinarverfügungen	292
§ 56 Gerichtlicher Rechtsschutz	293
A. Allgemeines	293
B. Zuständigkeiten und statthafte Klageart	293
C. Zuständigkeiten der Verwaltungsgerichte im Disziplinarrecht ..	297
D. Konkurrentenrechtsschutz	297
I. Begriffsklärung: Ämterstabilität und Konkurrentenklage ...	297
II. Rechtsschutz im Konkurrentenrechtsstreit	298
III. Sonderfall: Vereitelung der Rechtsschutzmöglichkei- ten unterlegener Bewerber durch den Dienstherrn/ Durchbrechung des Grundsatzes der Ämterstabilität in besonderen Fällen	300
§ 57 Kontrollfragen	302
10. Kapitel. Hinweise zu den Grundsätzen des Personalvertretungs-, Gleichstellungs- und Schwerbehindertenrechts	303
§ 58 Einführung	303
§ 59 Überblick über das Personalvertretungsrecht	303
A. Einleitung	303
B. Personalrat	304
C. Aufgaben der Personalvertretung und die personal- vertretungsrechtliche Beteiligung	306
I. Allgemeine Aufgaben	306
II. Beteiligung	306

1. Mitbestimmung	307
2. Mitwirkung	308
3. Anhörung	309
§ 60 Bedeutung des Gleichstellungsrechts und die Rolle der Gleichstellungsbeauftragten	309
A. Einleitung	309
B. Umsetzung der Ziele der Gleichstellung	311
I. Gleichstellungspläne	311
II. Gleichstellungsbeauftragte	311
1. Wahl der Gleichstellungsbeauftragten	312
2. Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten	312
3. Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten	312
4. Informations- und Beteiligungsrechte der Gleichstellungsbeauftragten sowie die Form der- Mitwirkung	313
§ 61 Schwerbehindertenvertretung	314
A. Überblick über das Schwerbehindertenrecht nach dem SGB IX (Teilhabe)	314
B. Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung	315
§ 62 Kontrollfragen	317
Sachverzeichnis	319